



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/114 - 24. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Chruschtschow und Kennedy in Wien</u> Die ersten Testversuche	46
1a	<u>Dr. Georg August Zinn</u> Zu seinem 60. Geburtstag am 27. Mai 1961	50
2	<u>Innere Entwicklungshilfe</u> Die Art der kleinen Gemeinden Von H.G. Ritzel, MdS	43
3	<u>Spannungen in Skandinavien</u> "Hintergrund" des Kampmann-Besuchs in Bonn Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan	50
4	<u>Die Klagen der Hausparkassen</u> Enttäuschte Hoffnungen - Gefährdete Eigenumbildung	32
4	<u>Der unbesetzte Stuhl</u> Zu den österreichisch-italienischen Stützpunktverhandlungen	20
5 - 6	<u>Menschenwürdige Gesellschaft</u> Die Bedeutung der politischen Bildung	69

* * * * *
* * *

Chruschtschow und Kennedy in Wien

Die ersten Tastversuche

sp - Wer vor einigen Wochen gesagt hätte, Chruschtschow und Kennedy würden sich demnächst in Wien treffen, wäre wahrscheinlich ausgelacht worden. Damals war die Kuba-Krise auf dem Höhepunkt und nichts deutete darauf hin, dass die Chefs des Weissen Hauses und des Kreml neutralen Boden aufsuchen würden, um sich dort ein Stelldichein zu geben.

Es ist etwas mehr als ein Jahr her, da sich Eisenhower und Chruschtschow in Paris trennten, die Hoffnungen der Welt auf ein nützlichendes Gipfeltreffen hinter sich liessen und danach die internationale Politik den Höhepunkt der allgemeinen Verwirrung erreichte. Viele Aussenministerkonferenzen, Treffen von Staatsmännern und andere zum Teil sehr spektakuläre Zusammenkünfte von Vertretern aus Ost und West haben die Lösung der Weltprobleme in den vergangenen Jahren nicht erleichtert, sondern oft noch mehr kompliziert. Nur ein Trost ist dabei geblieben: man sagte sich, so lange verhandelt wird, schiesst man nicht. Ganz stimmt das natürlich auch nicht, denn die sogenannten kleinen Kriege in der ganzen Welt sind eigentlich nie unterbrochen worden. Der grosse, mit Einsatz aller modernen Zerstörungsmittel geführte Krieg fand jedoch nicht statt.

Ursprünglich wollte Kennedy die "Gipfeldiplomatie" seines Vorgängers abstoppen. Nun, nach hundert Tagen Regierungszeit, scheint er selbst mitten drin zu sein. Gewiss, bei dem Treffen in Wien handelt es sich nicht um eine der üblichen Gipfelkonferenzen. Ein junger und ein schon älterer Staatsmann werden sich kennenlernen und dabei selbstverständlich versuchen, die Grenzen ihrer Möglichkeiten abzustecken.

In B o n n und auch in P a r i s sind merkwürdigerweise in der vergangenen Woche Stimmen laut geworden, denen zu entnehmen war, dass man fürchtet, Kennedy könnte über den Kopf der Verbündeten Amerikas hinweg gewisse Vereinbarungen anbahnen, die in ihren entscheidenden Punkten tatsächlich nur von den ganz Grossen getroffen werden können. Als de Gaulle bei Adenauer war, hiess es in Paris sogar einmal, beide alte Herren würden Kennedy besuchen, sie noch vor der Reise nach Wien zu sprechen ...

Nun wird Kennedy tatsächlich vor seinem Treffen mit Chruschtschow in Paris sein, und wie man de Gaulle kennt, wird dieser kaum darauf verzichten, dem amerikanischen Präsidenten die französischen Vorstellungen von einer "eigenen Verteidigung Europas unter französischer Führung" nahezubringen. Inwieweit sich Staatspräsident de Gaulle hierbei auch auf Dr. Adenauer stützen kann, wird sich bald herausstellen.

In den USA ist man inzwischen natürlich hellhörig geworden. Kennedys Berater für Ostfragen, der frühere US-Botschafter in Moskau, Charles Bohlen, hat versichert, sein Chef werde in Wien nicht "verhandeln", sondern lediglich die Themen für vielleicht später stattfindende internationale Konferenzen "abstecken". Gussardem versicherte Bohlen mit Nachdruck, Kennedy werde mit Chruschtschow nicht über Fragen sprechen, die auch die Verbündeten der USA angehen.

Das ist ein Wort. In Bonn sollte man deshalb weniger nervös sein...

Dr. Georg August Zinn

Zu seinem 60. Geburtstag am 27. Mai 1961

sp - Dr. Georg August Zinn, seit Dezember 1950 Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen, wird am 27. Mai seinen 60. Geburtstag feiern. Dieser Mann blickt auf ein hartes, aber erfolgreiches Leben zurück, auf ein Leben im Dienst am Volk. Seit früher Jugend der freien Arbeiterbewegung verpflichtet, hat Dr. Georg August Zinn den Weg über die praktische Kommunalpolitik, das juristische Studium, über Drangsalierung im "Dritten Reich", Kriegsteilnahme als Soldat und Gefangenschaft zu seinen jetzigen Wirken gefunden. Wer ihn kennt, weiss, dass Zinn ein Mann der Praxis ist, dessen scharfer Verstand und menschliche Güte ihn stets im richtigen Augenblick das Richtige tun lassen. Von Jahr zu Jahr ist das Vertrauen der hessischen Bevölkerung zu ihm und der Sozialdemokratischen Partei, die ihn in Hessen an ihre Spitze stellte, grösser geworden. Kein Wunder, denn Zinn hat in jahrelanger Aufbauarbeit bewiesen, wozu Sozialdemokraten fähig sind.

Aus Hessen wurde ein blühendes Land. Den Impulsen der von Zinn geführten Regierung ist es zu verdanken, dass hier Stadt und Land zu einer modernen Einheit wurden, dass Industrie und Landwirtschaft heute ein Ganzes bilden. Die von der Regierung Zinn in Zusammenarbeit mit den Gemeinden erbauten Dorfgemeinschaftshäuser sind Musterbeispiele für eine wirklichkeitsnahe Politik. Hier wurde durch die Tat bewiesen, dass es möglich ist, auch der schwer arbeitenden Landbevölkerung das Leben zu erleichtern und sie teilhaben zu lassen - besonders auch die Landfrauen - an Einrichtungen, die sonst nur der Städter kannte.

Wer heute Hessen sagt, meint Zinn. Darin liegt die Anerkennung für die grosse Leistung des jetzt 60-Jährigen. Es ist aber nicht nur der materielle Fortschritt, der in Hessenland überall sichtbar ist; auch die kulturelle Leistung der Regierung Zinn, ihre Aufgeschlossenheit gegenüber den Erfordernissen eines modernen Staatswesens wird nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt als mustergültig bezeichnet. Hessen führte zuerst von allen Bundesländern die Schulgeldfreiheit ein und beseitigte damit einen grossen Teil längst überholter Bildungsprivilegien. Ein begabter Schüler in Hessen kann seinen Weg im Leben machen; ihm stehen die höheren Schulen und Universitäten offen, ganz gleich, ob seine Eltern wohlhabend sind oder nicht.

Hessen ist bekannt als das Land der Toleranz. Es gibt hier kaum jene in einigen anderen Bundesländern leider immer wieder auftretenden Spannungen zwischen den verschiedenen Konfessionen. Auch das ist nicht zuletzt ein Verdienst der klugen Staatsführung Zinns. Was die Regierung Zinn für die Eingliederung von Heimatvertriebenen und Zonenflüchtlingen geleistet hat, ist ebenfalls bekannt. "Die Heimatvertriebenen fühlen sich in Hessen zu Hause", ein Wort, das man immer wieder hört, wenn man die Dörfer und Städte des Hessenlandes besucht.

Dr. Georg August Zinn kann stolz auf diese Leistung sein. In Deutschland, aber auch im Ausland, werden viele den aufrechten Ministerpräsidenten Hessens für sein grossartiges Werk danken. Seine politischen Freunde werden es in dem Bewusstsein tun, die Freude an der Leistung mit Zinn teilen zu können; politische Andersdenkende werden nicht umhin können, dem 60-Jährigen die gebührende Achtung zu zollen.

Innere Entwicklungshilfe

Von H. G. Ritzel, MdB

Der Bundestag hat vor kurzem einstimmig den steuerfreien Betrag bei der Gewerbesteuer von 2 400,- auf 7 200 DM erhöht. Die Zustimmung der Sozialdemokraten erfolgte unter der Voraussetzung, dass Bund und Länder sich bereit finden würden, den entsprechenden Ausfall zu ersetzen. Der Bund zeigt diesen Ansinnen gegenüber völlig die kalte Schulter. Von den Ländern hat bis jetzt nur das Land Hessen eine bindende Verpflichtung übernommen, den Ausfall entsprechend auszugleichen. Mit dieser Politik des Bundes lässt sich einmal mehr beweisen, dass in dem Verhältnis Bund und Gemeinden die Politik der CDU-Mehrheit im Bundestag und ihrer Regierung zum Nachteil der Gemeinden darin besteht, heiße Eisen mit fremden Händen anfassen zu lassen.

Diese Entwicklung, die kleine Gemeinden ohne nennenswertes Gewerbesteuereinkommen relativ schwerer trifft als grosse Städte ist umso bedauerlicher, als in vielen Gemeinden eine Fülle von Aufgaben aus Mangel an Mitteln nicht gelöst ist. Strassen und Wege sind vielfach ebenso rückständig wie die Wasserversorgung, die Kanalisation. In vielen Kreisen, die nur ein Umgerechtes und kein eigentliches Steuerrecht haben, brennen die Probleme wegen Errichtung von Krankenhäusern, Altersheimen, Schulbauten und anderen Kulturstätten auf den Nägeln. Immer zwingender stellt sich die Frage, in welcher Weise die Gemeinden endlich als die im Grundgesetz nicht genügend berücksichtigte dritte Säule im Aufbau der Bundesrepublik Deutschland eine Befriedigung ihrer berechtigten Wünsche erfahren. Wenn man die Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden als eine Ganzheit sieht, muss man auch die Lösung zu finden bereit sein, die aus dieser Schicksalsverbundenheit die finanzpolitischen Konsequenzen zieht. Es ist nicht damit getan, etwa einen inneren Ausgleich zwischen grossen Städten und kleinen Gemeinden durch gesetzgeberische Massnahmen der einzelnen Länder herbeizuführen. Notwendig ist eine Abstimmung der Interessen zwischen Gemeinde, Land und Bund und eine gesetzgeberische Entscheidung, die den Verheissungen des Artikels 106 Grundgesetz endlich Leben verleiht.

Das vielbesprochene deutsche Wirtschaftswunder, das kein Wunder ist, sondern das Produkt des Fleisses unseres Volkes, ist an den Gemeinden zu einem grossen Teil vorbeigegangen. Im Blick auf das, was in deutschen Landgemeinden in einem vielfach erschreckenden Ausmass noch fehlt, können wir von einer notwendigen inneren Entwicklungshilfe sprechen. Diese Entwicklungshilfe kann nur durch eine von den Willen, auch den Gemeinden zu ihrem Recht zu verhalten, getragene Politik geleistet werden. Die 12 Jahre Regierung der CDU haben trotz der Versprechungen, die der Bundeskanzler in Regierungserklärungen abgegeben hat, nur Enttäuschungen zurückgelassen.

Spannungen in Skandinavien

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Das Hauptinteresse der nordischen Länder konzentriert sich um die Möglichkeiten eines sogenannten Brückenschlags zwischen den beiden europäischen Wirtschaftsblöcken, wobei es momentan zu einer gewissen interskandinavischen Verstimmung gekommen ist. Die Schweden meinen, der dänische Aussenminister Krag habe zu grosse Eile gezeigt, als er unumwunden die britische Regierung aufforderte, sich schnell für den Anschluss an die EWG zu entschliessen, und erklärte, Dänemark würde sofort dem Beispiel folgen. Auch die Norweger sind darüber etwas überrascht, aber mehr aus Gründen der taktischen Handhabung und aus Furcht, die EFTA verspiele ihre Verhandlungsposition, wenn einzelne EFTA-Länder zu grossen Eifer zeigen.

Nachdem die nordische Ministerkonferenz Mitte Mai diese Kontroverse nicht ganz überbrücken konnte, fand am vergangenen Samstag in Stockholm eine Aussprache zwischen den Ministerpräsidenten Dänemarks und Schwedens statt, und es hat den Anschein, dass ein schwedischer Kompromissvorschlag bei den kommenden EFTA-Verhandlungen in Genf von Dänemark unterstützt werden wird.

Vor diesem Hintergrund misst man den in Bonn stattfindenden Regierungsverhandlungen zwischen Dänemark und der Bundesrepublik eine gewisse Bedeutung zu. Drei Spitzenleute der dänischen Regierung - Ministerpräsident Kampmann, Aussenminister Krag und Landwirtschaftsminister Skytte - wollen sich um den letzten Stand der Dinge erkundigen. Vor allem gilt es zu erfahren, inwieweit der französische Präsident General de Gaulle von seiner abneigenden Haltung gegenüber Grossbritannien etwa abgertickt ist.

Präsident de Gaulle hat sich vor einiger Zeit bereit erklärt, über gewisse Sonderregelungen in bezug auf Dänemarks landwirtschaftliche Interessen zu verhandeln unter der Voraussetzung, dass die dänische Regierung sich den politischen Zielsetzungen der EWG unterwerfe. Umso mehr müsste es nach aussen hin überraschen, dass der dänische Aussenminister die britische Regierung dringend aufgefordert hat, ihren Entschluss um Aufnahme in die EWG zu beschleunigen. Die Lage würde sich völlig ändern, falls Möglichkeiten dafür beständen, dass Grossbritannien durch den Beitritt zu der Sechsergemeinschaft eine Auflockerung der politischen Bedingungen erreichen könnte. Allerdings wäre ein Beitritt Schwedens auch für diesen Fall aus Gründen der schwedischen Neutralitätspolitik unmöglich.

Bis jetzt wurden in der dänischen Diskussion nur die wirtschaftlichen Gesichtspunkte erörtert, aus dem einfachen Grund, da Dänemark von der europäischen Spaltung am meisten betroffen ist. Die Hälfte der dänischen Lebensmittelausfuhr geht nach England, die zweite Hälfte in die Bundesrepublik. Dänemark befindet sich in zwei Booten, während Schweden und Norwegen mit ihren überwiegend industriellen Wirtschaftsstrukturen leichter davonzukommen scheinen. Mit jedem Tag verschärft sich die Lage. Das erklärt die in Oslo und Stockholm etwas übel aufgenommene dänische Eile. Falls es gelingen sollte, den Weg für England in die EWG zu ebnen, bestehen auch für Dänemark und Norwegen keine politischen Bedenken, sich der Sechsergemeinschaft anzuschliessen, wenn auch dieser "Brückenschlag" für die skandinavische Gemeinschaft einen neuen Rückschlag bedeuten würde.

Die Klagen der Bausparkassen

sp - Das Bundeswohnungsbauministerium zeigt sich ohnmächtig gegenüber den beunruhigenden Erscheinungen auf dem Bauparkt. Am meisten davon sind die Bausparer betroffen. Zwar wächst die Zahl der Mitglieder bei den Bausparkassen, aber die Zahl der Bausparer, die aufgrund ihrer ersparten Beträge zum Bau des vielbegehrten Eigenheimes schreiten können, geht im Vergleich zu den Vorjahren zurück. In dem soeben veröffentlichten Bericht sämtlicher Bausparkassen in der Bundesrepublik wird die Befürchtung ausgesprochen, daß die von der Bundesregierung geförderte Eigentumsbildung immer mehr gefährdet werde.

Insgesamt haben 3,38 Millionen Bausparer Bausparverträge mit einer Vertragssumme von 54,7 Milliarden DM abgeschlossen. Das ist eine gewaltige Summe, und in ihr stecken viele Hoffnungen von Menschen aus allen Schichten unseres Volkes. Trotz der Zunahme der Bausparverträge ist der Anteil des Wohnungsbaues am Gesamtumsatz des Bauhauptgewerbes von 40,3 Prozent im Jahre 1959 auf 38,6 Prozent im Jahre 1960 jedoch gesunken.

Nach den Ursachen dieses Rückganges braucht man nicht lange zu suchen. Sie liegen neben den erhöhten Baukosten in der weiter anhaltenden und zu grotesken Ausmaßen führenden Steigerung der Bodenpreise. Anscheinend hat die Ankündigung des Bundeswohnungsbauministeriums, der Bund werde eigenes Land zur Verfügung stellen, um damit preishemmend auf den Grundstücksmarkt zu wirken, nicht gerade Erfolg gehabt. Bundeswohnungsbauminister Lübke versicherte seinerzeit im Bundestag, er werde der Bodenspekulation wirksam zu begegnen wissen. Er vertröstete die Bausparer, doch noch einige Zeit Geduld zu haben, bis sich die von ihm vorgesehenen Maßnahmen auswirken. Die Millionen Bausparer sehen und spüren leider nichts davon. Sie müssen entweder, da ihnen der Atem nicht ausreicht, um mit dem Wettlauf der Grundstückpreise durchhalten zu können, auf das Eigenheim verzichten, oder aber, wenn sie schon bauen, können sie dieses nur auf Kosten der Qualität tun. Zu recht trifft die Feststellung der Bausparkassenverbände zu: Die von der Regierung gewünschte Eigentumsbildung, soweit sie den Bau von Eigenheimen betrifft, ist in hohem Maße gefährdet. Viele Hunderttausende Bausparer haben dabei das Nachsehen.

+ + +

Der unbesetzte Stuhl

sp - Die neuen in Klagenfurt stattfindenden für zwei Tage vorgesehenen Verhandlungen zwischen der Wiener und italienischer Regierung über Südtirol stehen unter einem wahrhaft ungewöhnlichen Vorzeichen. Der Stuhl, den auf österreichischer Seite ein Verhandlungspartner einzunehmen sollte, ist unbesetzt. Dieser Partner, der bisher an allen Gesprächen teilgenommen hatte, Frau Dr. Stadlmayer, befindet sich in einem italienischen Gefängnis und alle Bemühungen Wiens, diese Expertin für Südtirolfragen wieder frei zu bekommen, stießen in Rom auf taube Ohren. Die Verkaufsteile wird von italienischer Seite in Verbindung mit den Sprengstoffanschlägen in Südtirol gebracht, obwohl eine Anklage gegen sie noch nicht erhoben wurde. Wie kann vor solchem Hintergrund den Verhandlungen ein Erfolg beschieden sein? Die Sprengstoffanschläge haben auf beiden Seiten Bitternis und Verstimmung ausgelöst. Die Heißsporne auf beiden Seiten bekamen anscheinend Oberwasser. Im äußersten Falle scheint Rom nur zu minimalen Zugeständnissen bereit zu sein. Damit wäre freilich der Südtiroler Frage ihr Gewicht und ihre Bedeutung nicht geacumen. Hier stehen sich Staatsräson und der Behauptungswille einer durch Assimilierung bedrohten Volksgruppe gegenüber. Südtirol dürfte, wie die Dinge liegen, noch lange Wien und Rom beschäftigen, aber auch der Internationalen Gerichtshof und vielleicht wieder die Vereinten Nationen.

+ + +

Buchbesprechung:

Menschenwürdige Gesellschaft

Bdt. - Während die tagespolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik mehr und mehr um die Frage einer weitgehenden Gemeinsamkeit in den großen politischen Entscheidungen kreisen, ist die Gemeinsamkeit für manche auf einem Gebiet längst Tatsache geworden - und das sogar auf einem für die politische Gestaltung in späterer Zeit sehr bedeutsamen Gebiet, nämlich dem der politischen Bildung.

Die politische Bildung kann ihr erklärtes Ziel - die Festigung unserer jungen Demokratie - nur erreichen, wenn ihre Träger loyal mit allen Personen und Gruppen zusammenarbeiten, die sich einer auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründeten demokratischen Ordnung verantwortlich fühlen. Ein Schritt auf diesem Wege ist die seit Jahren praktizierte faire Zusammenarbeit in der Form von gesellschaftspolitischen Informationsseminaren, wie sie "Arbeit und Leben" durchführt. "Arbeit und Leben" ist eine Arbeitsgemeinschaft für politische und soziale Bildung, die in Nordrhein-Westfalen paritätisch vom DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen und vom Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen getragen wird. Diese Institution arbeitet eng mit der Volkshochschule Bergneustadt der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit dem Walberberger Institut des Dominikanerordens und dem Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen (Haus Villigst) zusammen.

Diese Bildungseinrichtung vermittelt den Teilnehmern eine gründliche Kenntnis der gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen sowohl des freiheitlich-demokratischen Sozialismus als auch der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik. Die Teilnehmer können auf diese Weise eine Erfahrung machen, die im politischen Leben von großer nicht zu unterschätzen sein wird, daß nämlich nur durch das Kennenlernen auch der Argumente des anderen eine echte Überzeugung wie ein demokratisches Miteinander möglich sind.

In dem soeben erschienenen Werk "Menschenwürdige Gesellschaft - nach katholischer Soziallehre, evangelischer Sozialethik, demokratischem Sozialismus" (Herausgeber ist "Arbeit und Leben" in Nordrhein-Westfalen, zu beziehen ist der Band von der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf), sind drei Bücher

in einem über ein Thema vereirigt, ohne dessen gründliche Kenntnis eine Orientierung und eine Willensbildung in den sich teils durchkreuzenden, teils nebeneinander herlaufenden gesellschaftspolitischen Bestrebungen schwer möglich ist!

Über die katholische Soziallehre spricht Pater Dr. Gilbert Cormen OP, einer der bekanntesten Dozenten des Walberberger Instituts. Er bietet dem Leser auf fast 100 Seiten einen zwar gewisse Anforderungen stellenden, jedoch für jedermann verständlichen Überblick über die katholische Soziallehre. Mancher Leser wird Pater Cormen für seine knappe und deutliche Darstellung der katholischen Naturrechtslehre sehr dankbar sein und ebenso auch für seinen 19 Seiten langen Literaturhinweis!

Die evangelische Sozialethik behandelt Fritz Rudolph, Mitarbeiter im Sozialamt der evangelischen Kirche von Westfalen und bekannt durch seine Veröffentlichungen über die Berufsnot der Jugend. Rudolph, ausgehend von der berühmten Barmer theologischen Erklärung, behandelt zunächst die theologischen Grundfragen der Sozialethik und gibt dann aus seiner Sicht eine Einführung in die Wirtschaftsethik, die die Bezeichnung *c h r i s t l i c h* für sich in Anspruch nehmen könnte.

Die Ordnungsvorstellungen des demokratischen Sozialismus werden von Willi Eichler, Heinz Junker und Gerhard Wuthe dargestellt. Willi Eichler, führend an der Abfassung des Godesberger Grundsatzprogrammes beteiligt, ist SPD-Parteivorstandesmitglied und Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der SPD. Heinz Junker und Dr. Gerhard Wuthe lehren an der Heiuvolkshochschule in Bergneustadt. Ihre Ausführungen bilden einen wesentlichen Beitrag zum tieferen Verständnis für die Grundlagen einer Gesellschaftsgestaltung, wie sie heute vom demokratischen Sozialismus angestrebt wird. Sie setzen sich mit dem Thema "Sozialstaat und Kulturstaat" auseinander und lassen ihre Ausführungen in einem Bekenntnis zur internationalen Gemeinschaft gipfeln, zur europäischen Zusammenarbeit, zur Solidarität mit den Entwicklungsländern, zur Wahrung des Friedens in Freiheit.

Man muß dem Herausgeber außerordentlich dankbar sein für diesen Band, der politisch interessierten Menschen verschiedener "Lager" eine Informationsmöglichkeit bietet, die als solche zugleich ein Modell für zeitgemäße politische Verhaltensweise ist.